

Pressemitteilung HateAid gGmbH

Hass im Internet: Jede dritte Person findet Beschimpfungen gegen Politikerinnen akzeptabel

Ein Drittel der Befragten hat Verständnis dafür, wenn Menschen Politikerinnen aus Unzufriedenheit online anfeinden, auch wenn sie das selbst nicht tun würden. Das ergibt eine neue Umfrage von YouGov im Auftrag von HateAid und der Alfred Landecker Foundation. Um der Normalisierung von Hass und Hetze gegen politisch aktive Frauen entgegenzuwirken, starten beide Partnerinnen nun das neue gemeinsame Projekt „Close the gap: Securing women’s voices in politics“. Mit Forschungsvorhaben, spezialisierter Beratung und Aufklärung soll digitale Gewalt gegen Frauen in der Politik langfristig und nachhaltig reduziert werden. Denn der Hass hat weitreichende Folgen: Immer mehr Frauen schrecken vor politischem Engagement zurück. Das gefährdet Repräsentation und Teilhabe für mehr als die Hälfte der Bevölkerung – und ist darum nicht nur ein Problem für die Betroffenen selbst, sondern betrifft die gesamte Gesellschaft.

Berlin, 7. März 2024

Die repräsentative Befragung im Auftrag von HateAid liefert erschreckende Ergebnisse. Zwar wünscht sich eine überwältigende Mehrheit (86 Prozent) einen respektvollen Umgang miteinander - auch im Internet. Wenn es aber um den Respekt explizit gegenüber Politikerinnen geht, zeigt sich ein anderes Bild:

- **43 Prozent finden, dass Politikerinnen Anfeindungen im Netz aushalten müssen, weil es zu ihrem Job gehört.**
- **45 Prozent denken, dass Politikerinnen selbst zu Anfeindungen gegen sich in den sozialen Medien beitragen, wenn sie bestimmte Aussagen treffen.**
- **Jede dritte Person (34 Prozent) hat sogar Verständnis dafür, wenn Menschen aus Unzufriedenheit Politikerinnen online beschimpfen, auch wenn sie selbst Politikerinnen nicht in den sozialen Medien angreifen würden.**

Dazu **Anna-Lena von Hodenberg**, Geschäftsführerin von HateAid:

„Massenhaft sexualisierende Beleidigungen, Vergewaltigungsdrohungen und Porno-Deepfakes: Politikerinnen berichten uns immer häufiger, dass sie deswegen überlegen, aus der Politik auszusteigen. Sie können sich und ihren Familien diese Anfeindungen nicht mehr zumuten. Damit gehen uns nicht nur wichtige Stimmen in der Politik verloren, sondern auch das fundamentale Recht von allen Menschen, sich frei und ohne Furcht politisch engagieren zu können.“

HateAid und die Alfred Landecker Foundation stellen dieser demokratiegefährdenden Entwicklung das Projekt „Close the gap: Securing women’s voices in politics“ entgegen. Es umfasst die folgenden Komponenten:

- **Neue Erkenntnisse generieren:** Erforschung des Ausmaßes und Wirkung von digitaler Gewalt gegen Politikerinnen und Entwicklung möglicher politischer Handlungsansätze mit den Forschungspartnern Technische Universität München und der Blavatnik School of Government an der Universität Oxford;
- **Frauen stärken:** Empowerment von politisch aktiven Frauen durch spezialisierte Beratung und passgenaue Fortbildungen;
- **Bewusstsein schaffen:** Kampagnen zur Aufklärung für Entscheidungsträger*innen und der breiten Bevölkerung sowie zum Empowerment von Politikerinnen;
- **Rahmenbedingungen verbessern:** Änderungen in Gesetzgebung, Strafverfolgung, bei den Plattformen und in der Zivilgesellschaft auf EU- und Bundesebene.

Die Besonderheit in dem Projekt: Zivilgesellschaft und Wissenschaft arbeiten eng zusammen. Neben der Befragung durch YouGov wird heute der von HateAid in Auftrag gegebene Forschungsbericht der Blavatnik School of Government der Universität Oxford veröffentlicht. Darin werden weltweit bereits existierende Gesetze und Handlungsmöglichkeiten zum Schutz von Politikerinnen für Zivilgesellschaft, Forschung und Politik vorgestellt. Der Bericht wird die Grundlage für weitere Policy-Empfehlungen liefern.

Dazu **Silke Mühlherr**, Co-CEO der Alfred Landecker Foundation:

„Unsere Demokratie steht auf dem Spiel, wenn wir geschehen lassen, dass Frauen systematisch aus der Politik und der öffentlichen Debatte verdrängt werden. Hier geht es um eine Beeinträchtigung von Teilhabe und eine Beschränkung von Bürgerrechten und weniger um Feminismus. Das Zeitfenster zu handeln, ist jetzt. Bei den anstehenden Europawahlen, Landtagswahlen und schließlich der Bundestagswahl 2025 sollten wir die Rahmenbedingungen so verändern, dass sich unsere Schwestern, Mütter, Töchter oder Großmütter nicht zweimal überlegen müssen, ob sie es sich oder ihrer Familie zumuten wollen, ein Amt anzustreben.“

Über die Befragung

Die verwendeten Daten beruhen auf einer Online-Umfrage der YouGov Deutschland GmbH, an der 2.151 Personen zwischen dem 16.02. und 20.02.2024 teilnahmen. Die Ergebnisse wurden gewichtet und sind repräsentativ für Wahlberechtigte in Deutschland. Die Abfrage aller genannten Ergebnisse erfolgte auf einer Fünfer-Skala („Stimme voll und ganz zu“ – „Lehne voll und ganz ab“) mit einer zusätzlichen Ausweichkategorie. Die oben genannten Ergebnisse fassen die jeweiligen Anteile für „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“ zusammen. Die genauen Ergebnisse sind hier einsehbar.

HateAid gGmbH

Die gemeinnützige Organisation HateAid wurde 2018 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Berlin. Sie setzt sich für Menschenrechte im digitalen Raum ein und engagiert sich auf gesellschaftlicher wie politischer Ebene gegen digitale Gewalt und ihre Folgen. HateAid unterstützt Betroffene von digitaler Gewalt konkret durch Beratung und Prozesskostenfinanzierung. Geschäftsführerinnen sind Anna-Lena von Hodenberg und Josephine Ballon.

Das Projekt „Close the Gap: Securing women’s voices in politics“ wirkt auf die Sicherung von Teilhaberechten an Politik und öffentlicher Debatte hin, die insbesondere gefährdet sind, wenn es um Frauen geht. Mit dem gemeinsamen Projekt entwickeln HateAid und die Alfred Landecker Foundation Lösungen gegen die zunehmende digitale Gewalt und antidemokratische Anfeindungen.

Für weitere Informationen über HateAid gGmbH besuchen Sie unsere Website: <https://hateaid.org/>

Pressekontakt: presse@hateaid.org, Tel. 030 25208837

Alfred Landecker Foundation

Die Alfred Landecker Foundation wurde 2019 in Berlin gegründet. Ihr Ziel ist es, an den Holocaust zu erinnern, gegen Antisemitismus zu kämpfen und für Demokratie zu streiten. Diese Aufgabe ist umso herausfordernder angesichts der tektonischen Verschiebungen, die die digitale Revolution mit sich bringt.

Um unsere Institutionen zu schützen, kritisches Urteilsvermögen zu stärken und Erinnerungskultur zu fördern, versammelt und fördert die Alfred Landecker Foundation ein weltweites Netzwerk aus Wissenschaft und der aktiven Zivilgesellschaft.